



Dag Hammarskjöld
(1905 – 1961)

Tod in Ndola

Wurde UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld ermordet?

Der Verdacht ist ungeheuerlich, wurde aber in jüngerer Zeit durch Untersuchungsberichte erhärtet: Der für seine antikoloniale Haltung bekannte UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld wurde 1961 wegen seiner Rolle im Kongo wahrscheinlich ermordet. Zahlreiche Indizien deuten darauf hin, dass dies unter Beteiligung westlicher Staaten geschah. Sollte dem tatsächlich so sein, handelt es sich um einen der größten Politikskandale seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch maßgebliche Staaten zeigen wenig Interesse an Aufklärung.

von **Henning Melber**

► In der Nacht vom 17. zum 18. September 1961 sollte das Flugzeug »Albertina« in der nordrhodesischen Minenstadt Ndola landen. Kurz nach Mitternacht wurde der Flughafen-Tower über die bevorstehende Ankunft informiert. Danach brach der Funkkontakt ab. Die »Albertina« erreichte nie ihr Ziel. An Bord waren der UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld und 15 weitere Menschen.

Obwohl die Maschine verschollen war, begann eine Suchaktion erst am nächsten Morgen. Das Wrack der »Albertina« wurde offiziell am Nachmittag wenige Kilometer entfernt entdeckt. Dabei war die Absturzstelle bereits seit den frühen Morgenstunden abgesperrt. Als einziger Überlebender wurde der Sicherheitsbeamte Harold Julien erst Stunden danach in ein Krankenhaus gebracht. Er starb Tage später in Ermangelung einer adäquaten Behandlung. Seine Zeugenaussagen wurden als Delirium abgetan.

Begehrtes Uran aus Katanga

► Nur Tage nach der Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo (Kongo-Kinshasa) von Belgien erklärte die südöstlich gelegene Provinz Katanga im Juni 1960 unter Führung von Moise

Tshombe die Sezession. Das Territorium war aufgrund der zahlreichen Bodenschätze von geostrategischer Bedeutung. Schon seit den 1940er Jahren war die dortige Shinkolobwe Mine die weltweit größte Produzentin von Uran und Hauptlieferantin für die nukleare Aufrüstung der USA. Das Material für die auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben stammte aus dieser Mine.

Der Bergbau wurde von westlichen Minengesellschaften kontrolliert – allen voran der belgischen Union Minière du Haut-Katanga. In Zeiten des Kalten Krieges hatte die weitere Kontrolle über diese Ressourcen, über die Unabhängigkeit des Kongo hinaus, große Wichtigkeit. Dementsprechend wachsam wurden im Westen die dortigen Entwicklungen verfolgt. Dass Premierminister Patrice Lumumba sich weder der Ex-Kolonialmacht Belgien noch dem Westen verpflichtet fühlte, machte ihn bei diesen und den angrenzenden siedlerkolonialen Regimen etwa in Rhodesien keinesfalls populär. Die Sezession Katangas wurde dementsprechend von Belgien unterstützt und von anderen westlichen Staaten toleriert. Waffenlieferungen und zahlreiche Söldner trugen gar zur Sicherung der Abspaltung bei.

Aufgrund der rechtswidrigen Sezessionserklärung und den Unruhen im Kongo appellierte Premierminister Lumumba an die UN. Durch deren Intervention sollte die territoriale Integrität und Stabilität des Staates unter seiner Regierung wiederhergestellt und gesichert werden (siehe iz3w 378). Damit wurde UN-Generalsekretär Hammarskjöld vor die größte Herausforderung seiner Amtszeit gestellt, die ihn und zahlreiche andere Menschen im Dienst der Vereinten Nationen das Leben kosten sollte.

Kein Vasall des Westens

► 1953 zum zweiten UN-Generalsekretär gewählt, war der 47-jährige Schwede Dag Hammarskjöld Nachfolger des Norwegers Trygve

Lie. Dass sich die konkurrierenden Großmächte auf ihn einigten, lag an der (Fehl-)Einschätzung, dass der bis dahin eher unauffällige Diplomat keinen Ärger machen würde. Doch schon bald wurde klar, dass Hammarskjöld sich einzig der UN-Charta verpflichtet fühlte, die er als »säkulare Bibel« bezeichnete. So sah er sich in der Verantwortung, die in der Charta formulierten und von den Mitgliedsstaaten ratifizierten völkerrechtlichen Normen als grundsätzliche Verpflichtung für politisches Handeln einzufordern.

In Zeiten des Kalten Krieges war das ein besonders prekärer Balanceakt. Dabei entfaltete Hammarskjöld ein weithin respektiertes diplomatisches Geschick, kombiniert mit Integrität und moralisch-ethischer Überzeugungskraft. Seine wertegeleitete Handlungsweise war teilweise umstritten, zumal sie immer wieder mit Partikularinteressen einflussreicher Staaten kollidierte. Aber sie entsprach einer tendenziell blockfreien Politik, wie ihm viele im Nachhinein bescheinigten.

1956 zeigte sich Hammarskjölds Fingerspitzengefühl in der Suez-Krise, als Israel mit Rückendeckung Frankreichs und Großbritanniens die Nationalisierung des Kanals durch Ägypten militärisch verhindern wollte. Er schaffte das Kunststück, die USA und die Sowjetunion im Sicherheitsrat zur Unterstützung einer tunesischen Resolution zu bewegen, die ihm ein Mandat zur Verhinderung der Pläne gab. Damit war das eigentlich zu erwartende französische und britische Veto gegen eine Einmischung der UNO ausgehebelt. Beide Staaten waren ihm seither keinesfalls freundlich gesonnen, zumal er sich eindeutig als Befürworter einer Dekolonisierung positionierte und die Unabhängigkeit der afrikanischen Länder unterstützte.

Als Lumumba Hilfe durch die UN suchte, waren die westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates wenig darauf erpicht, dem Folge zu leisten. Hammarskjöld machte daraufhin eine Klausel in der UN-Charta geltend, die ihm das Recht gab, das Anliegen in der Vollversammlung behandeln zu lassen. Dort konnte er mit Unterstützung der wachsenden Zahl afrikanischer Mitgliedsstaaten und anderer blockfreier Länder rechnen, die sich seit der Bandung-Konferenz 1955 zu einer Allianz formiert hatten. Tatsächlich wurde Hammarskjöld von einflussreichen Führern des Globalen Südens wie Guineas Sekou Toure, Ghanas Kwame Nkrumah, Ägyptens Gamal Abdel Nasser, Tunesiens Habib Bourgiba und Indiens Jawaharlal Nehru unterstützt. Er war »ihr« Generalsekretär. Kritiker*innen wie etwa der Politikwissenschaftler Georges Nzongola-Ntalaja, die ihn als Handlanger des westlichen Imperialismus abtun und ihm eine Rolle bei der Ermordung Lumumbas unterstellen, sollte das zu denken geben.

Aufgrund dieses angedrohten Schachzugs gaben die westlichen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates klein bei. Doch angesichts des Kalten Krieges war die Resolution, die Hammarskjöld ein Mandat zur Intervention erteilte, mehrdeutig vage. Zudem entsprach sie der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises: Blauhelme sollten den Frieden in der DR Kongo ohne Einmischung in deren innere Angelegenheiten wiederherstellen. Wie das eine ohne das andere erreicht werden könnte, blieb eine »mission impossible«.

Hammarskjöld versuchte die vagen Formulierungen für einen relativ großen Handlungsspielraum zu nutzen. Doch als Premier Lumumba nach seiner Absetzung durch Präsident Kasavubu darauf drängte, dass die UN notfalls mit Gewalt seine Wiedereinsetzung erzwingt, wies Hammarskjöld dies als Verstoß gegen das Neutrali-

tätsgebot zurück. Allerdings stellte er auch danach kategorisch fest, dass es eine innenpolitische Lösung ohne Lumumba nicht geben könne. Er forderte nach dessen folgender Gefangennahme entschieden seine Freilassung und war entsetzt über dessen brutale Liquidierung durch katangische Soldaten und Söldner (die nachweislich mit Billigung des Westens und Beteiligung des CIA geschah).

Mit dem Leben bezahlt

► Mit der Ermordung Lumumbas verschärfte sich die Ost-West-Konfrontation hinsichtlich des Kongo. So wurden die Erwartungen an die Rolle Hammarskjölds und der UN-Mission zunehmend widersprüchlicher und auch durch mehrere Folgeresolutionen im Sicherheitsrat nicht verbindlich geklärt. Die Ambivalenzen und konträren Auslegungen schufen eine Situation, die keine klare Handlungsmöglichkeit mit Zustimmung aller Großmächte zuließ. Die Frustration führte Ende August 1961 zu einer unautorisierten militärischen Operation der Blauhelme (Codename »Rumpunch«) gegen Katanga, die aufgrund des Überraschungseffekts anfangs erfolgreich war. Da die UN-Soldaten jedoch nicht konsequent die Ausweisung der belgischen Militärs und der Söldner überwachten, konnten diese letztlich die Kontrolle wieder an sich reißen.

Durch die vom Mandat nicht gedeckte militärische Intervention spitzte sich der Konflikt um die Rolle der UN zu. Hammarskjöld reiste deshalb Anfang September spontan in den Kongo, um die Lage vor Ort zu sondieren. Dabei wurde er in Überlegungen einer weiteren militärischen Operation (Codename »Morthor«) einbezogen. Mittlerweile zugängliche Dokumente legen nahe, dass Hammarskjöld diese – erneut nicht gedeckte – zweite Aktion zumindest billigend in Kauf nahm. Diese scheiterte daran, dass Katangas Söldner und belgische Militärs nunmehr vorbereitet waren und den Angriff abwehren konnten.

Das vom Sicherheitsrat unautorisierte Vorgehen sorgte unter den westlichen Staaten für große Verstimmung. In dieser Situation entschied sich Hammarskjöld für den Versuch, im direkten Gespräch Moise Tshombe zur Aufgabe der Sezession im Austausch für eine hochrangige Position im kongolesischen Staat zu überreden. Wie die damalige Korrespondenz zwischen westlichen Beobachtern vor Ort und ihren Regierungen dokumentiert, zeigten sich diese hinsichtlich der – erneut unautorisierten – Initiative besorgt. Das Treffen sollte aufgrund des Flugzeugabsturzes nie stattfinden. Tshombe wartete in Ndola vergeblich auf Hammarskjöld.

Mühsame Ermittlungen

► Eine nordrhodesische Untersuchung machte im Februar 1962 einen Pilotenfehler für den Absturz verantwortlich. Ein UN-Untersuchungsbericht (UN Doc. A/5069 v. 24.4.1962) endete ohne verbindliche Festlegung, schloss aber Fremdeinwirkung explizit nicht aus. Der darauf beruhende Beschluss der Vollversammlung (Resolution 1759(XVII) vom 26. Oktober 1962) ließ deshalb die Möglichkeit offen, im Falle weiterer Erkenntnisse neue Untersuchungen in die Wege zu leiten. Dies blieb über fünf Jahrzehnte folgenlos.

Anlässlich des 50. Todestags Hammarskjölds veröffentlichte die britische Wissenschaftlerin Susan Williams 2011 eine jahrelange Recherche. Deren Ergebnisse erhärteten den Verdacht, dass der Absturz fremdverschuldet war. 2012 formierte sich deshalb eine

Hammarskjöld unterstützte die Unabhängigkeit der afrikanischen Länder

achtköpfige Privatinitiative, die eine unabhängige Untersuchungskommission von vier international renommierten Jurist*innen beauftragte, die Glaubwürdigkeit der Erkenntnisse zu prüfen. Die Kommission schlussfolgerte nach einjähriger Tätigkeit, dass es Hinweise gebe, die »Albertina« sei beim Landeanflug einem Angriff oder einer anderen Form von Fremdeinwirkung ausgesetzt gewesen. Zum fraglichen Zeitpunkt waren US-amerikanische Militärflugzeuge in Ndola. Damals wurde bereits der Funkverkehr durch die National Security Agency (NSA) weltweit aufgezeichnet. Somit ist zu vermuten, dass auch die letzten Meldungen von Bord der »Albertina« aufgezeichnet wurden und relevante Hinweise geben könnten. Eine Anfrage an das Archiv der NSA wurde jedoch abschlägig beschieden. Die Dokumente seien unter höchster Geheimhaltungsstufe.

Der Kommissionsbericht empfahl, das Augenmerk auf den Funkverkehr als weiteren Anhaltspunkt zu richten. Der Bericht wurde dem damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon vorgelegt und am 21. März 2014 allen Mitgliedsstaaten mit der Empfehlung zugänglich gemacht (A/68/800), dass die Vollversammlung eine offizielle Folgeuntersuchung beschließen. Ein entsprechender Antrag Schwedens wurde im Dezember 2014 mit Resolution 69/246



Absturzstelle der »Albertina« in Ndola | Foto: Dag Hammarskjöld Stiftung

angenommen. Am 16. März 2015 wurde eine dreiköpfige unabhängige Expertenkommission zur Prüfung des Berichts ernannt. Auch diese schloss Fremdeinwirkung nicht aus. Sie entdeckte, dass die von Hammarskjöld zur vertraulichen Kommunikation benutzte Kodierungsmaschine die Entzifferung durch die NSA und andere Geheimdienste erlaubte.

Ein Folgeantrag Schwedens (Resolution 71/260) wurde am 29. Dezember 2016 angenommen. Er fordert die Staaten dazu auf, Einsicht in die in ihrem Besitz befindlichen Dokumente zu gewähren. Generalsekretär Antonio Guterres wurde beauftragt, eine namhafte Person mit weiteren Untersuchungen zu betrauen. Er ernannte den früheren tansanischen Generalstaatsanwalt Mohamed Chande Othman, der bereits die Expertenkommission geleitet hatte.

Am 24. Juli 2017 legte Othman seinen Bericht vor. Dieser erhärtet die Verdachtsmomente, dass sich zum Zeitpunkt des Landeanflugs mindestens ein weiteres Flugzeug in direkter Nähe befunden haben könnte. Othman nimmt Beobachtungen ernst, dass die Maschine bereits vor Bodenberührung brannte und dass sie vor dem Absturz beschossen oder durch Flugmanöver beeinflusst wurde. Othman geht »fast sicher« davon aus, dass es in Archiven noch immer bislang

unbekannte Informationen gibt, die in direktem Zusammenhang mit dem Absturzhergang stehen. Er fordert deshalb, dass nunmehr die Beweislast auf die Mitgliedsstaaten übertragen werde. Diese hätten den Nachweis zu erbringen, dass eine umfassende Prüfung aller (auch geheim gehaltenen) Dokumente erfolgt sei.

Am 28. November 2017 wurde ein von Schweden initiiertes und von 70 Mitgliedsstaaten gezeichneter Resolutionsentwurf (A/72/L.19) vorgelegt. Dieser beinhaltete die Neuernennung der »namhaften Person« (also Othman), drängte alle Mitgliedsstaaten auf die Freigabe relevanter Dokumente und forderte, dass in den Mitgliedsstaaten, die im Besitz relevanter Informationen sein könnten, eine unabhängige hochrangige Person mit der Durchführung einer Untersuchung aller Aktenbestände beauftragt wird. Die betreffende Resolution 72/252 wurde am 24. Dezember 2017 angenommen.

Letzte Chance für Aufklärung

► Am 31. Juli 2019 legte Othman seinen zweiten Bericht vor (A/73/973). Dieser stützte sich teilweise auf Berichte der von den Mitgliedsstaaten Beauftragten und weitere Erkenntnisse. Allerdings blieb Othman die Unterstützung der relevantesten Länder USA,

Großbritannien und Südafrika verwehrt. Neue Erkenntnisse belegen, so Othman, dass es weit mehr Söldner – einschließlich Piloten – in und um Katanga gab, als bisher angenommen wurde. Diese hätten geeignetes Fluggerät wie auch Landepisten gehabt, um auch bei Nacht den Anflug einer Maschine im Luftraum von Ndola zu stören. Für Othman bleibt es deshalb plausibel, dass Fremdeinwirkung die Absturzursache gewesen sein könnte.

Ein auf Othmans erneuten Empfehlungen beruhender schwedischer Resolutionsentwurf wurde mit einer Rekordzahl von 128 Mitgliedsstaaten gezeichnet. Erneut gehörten die USA und Großbritannien nicht zu den Unterstützern. Am 27. Dezember wurde er unverändert und ohne Abstimmung von der Generalversammlung angenommen (A/RES/74/248). Othmans Mandat wurde um weitere zwei Jahre verlängert. Dieses neue Mandat könnte der letzte Versuch sein, die Geschehnisse aufzuklären. Dass es dabei zu verbindlichen Ergebnissen kommt, ist zu bezweifeln. Welche Regierung gibt schon gerne zu, von einem Anschlag gewusst oder diesen gar unterstützt zu haben, der das Leben eines UN-Generalsekretärs und 15 weiterer Menschen kostete? Immerhin: Fast 60 Jahre danach lässt sich zumindest glaubhaft behaupten, dass dies kein Unfall gewesen ist.

Welche Regierung gibt schon gerne zu, von einem Anschlag gewusst oder diesen gar unterstützt zu haben, der das Leben eines UN-Generalsekretärs und 15 weiterer Menschen kostete? Immerhin: Fast 60 Jahre danach lässt sich zumindest glaubhaft behaupten, dass dies kein Unfall gewesen ist.

Literatur

- Manuel Fröhlich / Helmut Klumpjan / Henning Melber: Dag Hammarskjöld (1905 – 1961). Frankfurt a.M. 2011
- Henning Melber: Dag Hammarskjöld, the United Nations and the decolonisation of Africa. London 2019
- Susan Williams: Who Killed Hammarskjöld? London 2011

► **Henning Melber** ist Extraordinary Professor an der Universität Pretoria und der Universität des Freistaats in Bloemfontein. Als ehemaliger Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute und Direktor emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung ist er weiterhin mit diesen Einrichtungen im schwedischen Uppsala assoziiert.